

tigen. Die Wirtschaftskammern des Höheren Volksgerichtshofs und der Gerichte der mittleren Ebene Pekings haben ihre Arbeit bereits probeweise aufgenommen, um hinreichend Erfahrungen zu sammeln und Vorbereitungen zu treffen für die offizielle Aufnahme ihrer Tätigkeit zu Anfang nächsten Jahres.

- sch -

TAIWAN

(61) Zunehmende ausländische Investitionen

Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums in Taipei hat Taiwan in den ersten drei Quartalen des Jahres 1979 Investitionen aus dem Ausland im Wert von 251.881 US\$ genehmigt. Im Vergleich zum gleichen Zeitabschnitt des vorigen Jahres betrug der Zuwachs 113,61 Mio.US\$. Von den genehmigten Investitionen wurden 157.975.000 US\$ von Ausländern und 93.906.000 US\$ von Überseechinesen getätigt. 96,59 Mio.US\$ oder 38,35% der Gesamtsumme entfielen auf Investitionen in der Elektro-Branche. Ihr folgte der Dienstleistungssektor mit 64,94 Mio.US\$ (25,78%) und die chemische Industrie mit 21,12 Mio.US\$ (8,39%).

Im gleichen Zeitraum wurden 100 Anträge für Projekte technischer Zusammenarbeit gebilligt, davon 64 mit japanischen, 20 mit amerikanischen und 15 mit europäischen Unternehmen (FCW, 14.10.79).

- ni -

(62) "Bayrisches Oktoberfest" in Taipei

Anläßlich des "ruhmreichen Oktobers", in dem der Gründungstag der Republik China (10. Oktober), der Jahrestag von Taiwans Rückkehr zu China (25. Oktober) sowie der 93. Geburtstag des verstorbenen Präsidenten Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) gefeiert wurden, haben der "Chinesisch-Deutsche Kultur- und Wirtschaftsverein" und das "Deutsche Kulturzentrum" in Taipei eine chinesisch-deutsche Freundschaftswoche veranstaltet. Der Freistaat Bayern, der gute Beziehungen zu Peking hat, wußte auch seine Beziehungen mit Taiwan zu pflegen. Die Alzviertler Volkstanzgruppe machte unter der Leitung des Bürgermeisters von Trostberg (in der Nähe des Chiemsees), Schlagberger, eine Tournee in Taiwan. Bei der Eröffnung der Freundschaftswoche stachen Schlagberger und General Jiang Weiguo, Vorsitzender des "Chinesisch-Deutschen Kultur- und Wirtschaftsvereins" und der zweite Sohn Jiang Jieshis, gemeinsam ein Bierfaß an (CP u. LH, 19.-20.10.79).

- ni -

(63) "Olympische Niederlage"

Der Exekutivausschuß des IOK hat am 25. Oktober in Nagoya einen Beschluß zur Chinafrage gefaßt, nach dem sich das bisherige "Olympische Komitee der Republik China" als "Chinesisches Olympisches Komitee Taipei" nennen muß. Außerdem muß Taiwan eine Flagge und eine Hymne verwenden, die sich von der Nationalflagge und der Nationalhymne der Republik China unterscheiden. Dagegen wurde die Volksrepublik China als Vollmitglied ins IOK

aufgenommen. Ihr Komitee trägt den Namen "Chinesisches Olympisches Komitee" und darf die Nationalflagge und die Nationalhymne der Volksrepublik China als seine eigene benutzen. Noch am 7. April dieses Jahres hatte die 81. Vollversammlung des IOK in Montreal versucht, beide chinesische Komitees gleichberechtigt zu behandeln. Sie hatte in einem Beschluß einerseits "das Chinesische Olympische Komitee mit Sitz in Peking" anerkannt, andererseits die Aufrechterhaltung der Anerkennung "des Chinesischen Olympischen Komitees mit Sitz in Taipei" bekräftigt. Taiwan sah diese Entscheidung als einen Sieg an, da man meinte, davon ausgehen zu können, daß Peking zwei gleichberechtigte chinesische olympische Komitees nicht akzeptieren und damit weiterhin den olympischen Spielen fernbleiben werde. Tatsächlich hatte der Generalsekretär des Nationalen Olympischen Komitees der VR China, Song Zhong, damals nach dem Beschluß geltend gemacht, daß ein Verbleiben Taiwans im IOK für die VR China nur dann annehmbar sei, wenn dieses darauf verzichte, die Flagge und die Hymne der Republik China zu verwenden. Der neue Beschluß in Nagoya hat alle Bedingungen Songs praktisch erfüllt. Jedoch muß über diesen Beschluß des Exekutivausschusses noch vor dem 25. November von den 89 Mitgliedern des IOK in einer Briefwahl abgestimmt werden. Das Ende der Marathondiskussion der Chinafrage wird erst dann kommen, wenn sich die Mehrheit diesem Beschluß des Exekutivausschusses anschließt. In diesem Falle wird Taiwan wahrscheinlich aus dem IOK austreten oder zumindest zukünftigen Wettspielen fernbleiben (ZYRB u. LHB, 26.10.1979; vgl. C.a., April 1979, S.478, Ü.59).

Noch vor dem IOK hat die Internationale Wissenschaftliche Vereinigung für Chemie auf einer Vollversammlung die Vertretung der VR China mit dem Namen "Chinese Chemical Society" aufgenommen, während die Vertretung Taiwans ihren Namen in "Chemical Society Located in Taipei, China" umändern mußte. Die Regierung in Taiwan erklärte am 17. September, daß diese Namensänderung ihrer grundlegenden Staatspolitik nicht widerspreche (ZYRB, 9.11.1979).

- ni -

(64) Nationalfeiertag ohne große Militärparade

Am 10. Oktober wurde in Taiwan der 68. Gründungstag der Republik China gefeiert. Im Unterschied zum letzten Jahr gab es diesmal keine große Militärparade. Statt dessen erfolgte nur ein kurzer Vorbeimarsch von 30 Minuten, an dem Kadetten, Milizen, Polizisten, Studenten, Schüler, Bauern mit Traktoren und Vertreter anderer Volksgruppen teilnahmen. Demonstrativ war die Flugschau, bei der 18 F5e Kampfflugzeuge in Formation über den Versammlungsplatz vor dem Präsidentenhaus dahinbrausten. Die Maschinen waren mit privaten Spenden gekauft worden, die man nach dem Abbruch der US-Beziehungen mit Taiwan im Dezember des vorigen Jahres gesammelt hatte. Die Gesamtsumme der Spenden belief sich auf 93,36 Mio.US\$.

In einer kurzen Botschaft zu dem Feiertag bekräftigte Präsident Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo) zwar nach wie vor die Parole von der "Rückero-

berung des chinesischen Festlands", doch fiel auf, daß er die unfreundliche Bezeichnung "kommunistische Banditen" diesmal wegließ. Es war nur noch von "kommunistischer Tyrannei" die Rede. Im allgemeinen spricht man auch in der Presse immer mehr von "chinesischen Kommunisten" (ZYRB u. LHB, 10.-11.10.79).

- ni -

(65) Die Kündigung des Beistandsvertrages durch Carter in Frage gestellt

Am 18. Oktober hat der Richter des Distriktgerichtes von Washington, Cash, in einer Entscheidung die Kündigung des Beistandsvertrages mit Taiwan durch die Regierung Carter in Frage gestellt. Am 23. Dezember 1978 hatte Washington Taiwan die Kündigung mitgeteilt. Der Vertrag sollte nach Ablauf der einjährigen Kündigungsfrist Anfang 1980 auslaufen. Gleich nach der Bekanntgabe der Kündigung hat Senator Barry Goldwater bei dem Gericht Klage gegen die Regierung erhoben. Richter Cash bestätigte in einer Entscheidung einerseits zwar das Mitspracherecht des Parlaments bei der Kündigung eines Bündnisvertrages, doch lehnte er andererseits die Klage ab, weil, so das Urteil, noch keine juristische Frage bestanden hatte, bevor der Kongreß dazu Stellung nahm. Einige Stunden nach diesem Urteil faßte der Senat den Beschluß, daß jede Kündigung eines Bündnisvertrages die Zustimmung des Senats haben muß. Kraft dieses Beschlusses hat Goldwater seine Klage wiederholt.

Die Regierung Carter hat gegen die neue Entscheidung des Gerichts bereits Berufung erhoben und hofft, daß das Berufungsgericht das Urteil noch vor Ablauf der Kündigungsfrist revidieren kann. Sonst würde sie in eine sehr heikle Situation geraten. Denn in diesem Fall soll der Beistandsvertrag mit Taiwan nach dem 1. Januar weiter gültig bleiben. Die Kündigung des Vertrages war eine der Voraussetzungen für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Peking. Ein Fortbestehen des Vertrages könnte auf diese Beziehungen nicht ohne Einfluß bleiben.

Trotz der neuen Entwicklung nach der zweiten Entscheidung des Richters Cash ist man in Taiwan nicht optimistisch. Denn man rechnet damit, daß das oberste Gericht der USA sehr wahrscheinlich die Sache als politische Angelegenheit erklären und dadurch der Regierung Recht geben wird. Auch wenn das Weiße Haus den Berufungsprozeß verliert, könnte es vom Kongreß wegen der politischen Komplikation ohne große Schwierigkeiten eine Zustimmung erlangen (ZYRB, 19.-20.10.79; CP, 19.10.79).

- ni -